

ver.di

## HANDEL

Informationen aus Einzel- und Großhandel

NR. 2 12. JAHRGANG  
JUNI 2013

## INHALT

► **GAH-TARIFRUNDE:** Auch im Groß- und Außenhandel gibt es viele Streiks, um einen guten Abschluss zu erreichen **Seite 3**

Nächste Beilage im August 2013

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Stefanie Nutzenberger, Frank Bsirske, Bundesvorstand Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, 0 30-69 56-0 **Redaktion & Gestaltung:** Andreas Hamann, Claudia Sikora, bleifrei Texte + Grafik, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel. 0 30-61 39 36-0, Fax: 0 30-61 39 36 18, E-Mail: info@bleifrei-berlin.de **Druck & Vertrieb:** alpha print medien AG

## GEGEN VERZICHT



FOTO: C. V. POLENTZ / TRANSITFOTO.DE

► **KARSTADT-PROTEST:** Bei einer Mahnwache in der Nähe des Berggruen-Museums in Berlin haben Karstadt-Beschäftigte am 7. Juni gegen die vom Unternehmen deklarierte »Tarifpause« protestiert. Karstadt-Eigner Nicolas Berggruen (links im Bild) versuchte die Anwesenden zu beschwichtigen. Er wolle gemeinsam mit den Betroffenen »konstruktive Lösungen« finden.



Mai-Demonstration vom Gewerkschaftshaus in München zum Marienplatz

FOTO: WERNER BACHMEIER

BILLIGKURS DER ARBEITGEBER PROVOZIERT BUNDESWEIT HEFTIGE REAKTIONEN

## Jetzt noch mehr Streiks und heftiger Protest

Seit Anfang Juni hat sich der Tarifkonflikt im Einzel- und Versandhandel noch zugespitzt. Nachdem mehrere regionale Verhandlungsrunden ohne Ergebnis blieben, weil die Arbeitgeber bundesweit koordiniert Billigtarife erzwingen wollen, hat ver.di die Streikaktivitäten auf weitere Bundesländer ausgeweitet. Der baden-württembergische Verhandlungsführer der Gewerkschaft Bernhard Franke erklärte in Stuttgart, die »wachsende Streikbereitschaft« sei deutlich spürbar: »Die Geduld der Verkäuferinnen ist am Ende!«.

Als echte Provokation bezeichnet die ver.di-Verhandlungsführerin für Nordrhein-Westfalen, Silke Zimmer, das Vorgehen der anderen Tarifpartei: »Jetzt muss die Antwort aus den Betrieben kommen.« Die Unternehmenseite hatte in NRW und anderen Tarifregionen deutlich gemacht, keinen neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag zu unterschreiben, wenn die Gewerkschaft sich nicht auf »Modernisierungen« beim Manteltarifvertrag und auf eine »Tarifreform light« einlässt. Tatsächlich geht es hier um massive Verschlechterungen und ein Tarifdiktat, das die ver.di-Verhandlungskommission in Baden-Württemberg zu folgender Einschätzung veranlasst: »Die Arbeitgeber zünden das Haus an, das sie angeblich modernisieren wollen!«

ver.di fordert die sofortige Wiedereinsetzung der Manteltarifverträge und spürbare Einkommensverbesserungen – in den meisten Bundesländern jeweils einen Euro mehr pro Stunde bzw. mindestens 140 Euro monatlich oder ein Plus von 6,5 Prozent beim Entgelt sowie mehr Geld für die Auszubildenden.

Im krassen Gegensatz dazu haben die Arbeitgeber einen »Katalog der Grausamkeiten« vorgelegt. Sie wollen u.a. die Arbeitszeiten noch viel stärker flexibilisieren und die wesentlichen Schutzvorschriften für Teilzeitbeschäftigte abschaffen. Für so genannte Hilfstätigkeiten (z.B. Warenverräumung, Regalauffüllen, Preisauszeichnung) will man eine neue Niedriglohngruppe ein-

führen und sämtliche Zuschläge abschaffen. Kassiertätigkeiten sollen niedriger eingruppiert werden. Je nach Tarifgebiet tauchen noch weitere Schweinereien auf, wie die Streichung der Zuschläge nach 18.30 Uhr und für Nachtarbeit. Auch die Aufstiegsmöglichkeiten für Ungelernte in die Gelerntengruppe sollen abgeschafft werden. All dies sorgt zunehmend für Unmut und Empörung. »Wir werden es nicht zulassen, dass der Verdrängungswettbewerb der Konzerne auf dem Rücken der Beschäftigten getragen wird«, betont ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger.

### »Die Geduld der Verkäuferinnen ist am Ende!«

Bundesweit haben sich schon mehrere Tausend Beschäftigte an Streiks beteiligt. Schwerpunkte waren zunächst Baden-Württemberg, Bayern, NRW und Hessen. Im Juni wurde der Streikradius auch auf Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein ausgeweitet. Betroffen sind fast alle nam-

haften Firmen der Branche. In Stuttgart, München und anderen Städten kommt es immer wieder zu zentralen Streikkundgebungen, bei denen sich auch Kunden solidarisieren.

Von den Medien sehr stark beachtete Aktionen gab es beim Internet-Riesen Amazon in Bad Hersfeld und Leipzig. Bei den bislang drei ver.di-Tagesstreiks für eine tarifliche Bezahlung nach den Konditionen des Einzel- und Versandhandels wurden insgesamt knapp über 3.000 Beteiligte gezählt. »Wir haben einen langen Atem und mit jedem Streiktag gewinnen wir mehr Sympathisanten bei den Beschäftigten«, so die Verhandlungsführer Bernhard Schiederig (Bad Hersfeld/Hessen) und Jörg Lauenroth-Mago (Leipzig/Sachsen). In Hamburg gab es in den ersten Juni-Tagen sehr öffentlichkeitswirksame Streikaktionen gegen die Tarifflicht bei Karstadt, zu denen zeitgleich die Beschäftigten aller Häuser aufgerufen waren. Eine Aktion für die Rückkehr Karstadts in die Tarifbindung fand auch in Berlin statt (siehe auch Bildnachricht und Kommentar sowie ausführlichen Artikel in ver.di-Publik).

ANDREAS HAMANN

### MOMENT MAL!

Vor nicht allzu langer Zeit war Dehner ein regional gefärbtes Unternehmen, das seine über 100 Garten-Center in der Mehrzahl in der Südhälfte und im Osten Deutschlands betreibt. Das hat sich in einem sehr wichtigen Aspekt geändert. Bereits seit 2009 kämpfen die Beschäftigten gegen die damals erfolgte Tarifflicht und für die Rückkehr Dehners in die Tarifbindung des Einzelhandels.

Auch in unserer aktuellen Streikbewegung sind sie wieder ganz vorn mit dabei – unterstützt übrigens von vielen solidarischen Kunden. Dieses oft sehr mitreißende Engagement vor Ort hat große überregionale Bedeutung. Die Kolleginnen und Kollegen zeigen es nicht nur dem eigenen Arbeitgeber. Sie schaffen mit jeder ver.di-Streikaktion ein neues Beispiel, dass wir die Tarifflichtlinge und Tarifaufenseiter im Einzelhandel niemals zur Ruhe kommen lassen werden. Ruhe im Betrieb gibt es nur mit Tarifbindung. Egal, ob die Firmen Dehner, Globus, Amazon oder Karstadt heißen ...



Hubert Thiermeyer, Landesfachbereichsleiter Handel ver.di Bayern

HUBERT THIERMEYER, LANDESFACHBEREICHSLEITER HANDEL VER.DI BAYERN

### WELTPREMIERE: STREIKS BEI AMAZON



In Bad Hersfeld (unser Bild) und Leipzig begannen die Arbeitsniederlegungen am 14. Mai. Bis Anfang Juni gab es schon drei Streiktage

FOTO: FOTOTEAM VER.DI HESSEN

## EINZELHANDEL

## KURZ &amp; KNAPP

► **LOHN- UND GEHALTSUMFRAGE:** Unter Verkäuferinnen und Verkäufern herrscht eine große Unzufriedenheit mit ihrem Einkommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Umfrage des Internetportals [www.lohnspiegel.de](http://www.lohnspiegel.de), das vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung betreut wird. Rund 1.400 Beschäftigte haben sich beteiligt. 62 Prozent geben an, dass sie mit ihrer Bezahlung überhaupt nicht zufrieden bzw. eher unzufrieden sind.



Streikaktion in Dortmund

FOTO: VER.DI

## PROTEST UND SOLIDARITÄT MIT DEM BETRIEBSRAT DAMIANO QUINTO

## H&amp;M spielt verrückt

Es ist nicht das erste Mal, dass Hennes & Mauritz ein unbequemes Betriebsratsmitglied aus dem Unternehmen drängen möchte. Im Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Interessen der Belegschaft engagieren, werden oft harte Bandagen angelegt. Dagegen richtet sich erneut öffentlicher Protest und es werden Unterschriften gesammelt.

## Betriebsrat zu unbequem?

Damiano Quinto, Betriebsratsvorsitzender bei der Modekette in Trier und dort seit 1999 beschäftigt, hat bereits einige Erfahrungen in dieser Hinsicht machen müssen, konnte aber bisher alle Angriffe auf sich abwehren. Jetzt will H&M in seinem Fall offenbar endgültig Tatsachen schaffen: Bereits zum vierten Mal seit Dezember 2012 hat der Arbeitgeber beim Betriebsrat beantragt, dieser möge einer außerordentlichen und fristlosen Kündigung zustimmen. All diese Anträge blieben ohne Erfolg, weshalb der Streit vor Gericht geht. Es soll nach dem Willen von H&M mit seinem Votum die fehlende Zustimmung ersetzen. Der Termin ist für den 18. Juni geplant.

Solidarische H&M-Kolleginnen im Mai bei einer Streikaktion in Augsburg  
FOTO: HUBERT THIERMEYER

In das Visier der örtlichen und zentralen Geschäftsführung ist Damiano zuletzt wegen seiner Tätigkeit als Beisitzer in so genannten Einigungsstellen für verschiedene H&M-Filialen geraten. Dort sollen laut Betriebsverfassungsgesetz Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Arbeitgeber und dem jeweiligen Betriebsrat beigelegt werden. Konkret geht es gerade um Fragen der Arbeitszeitgestaltung vor Ort, zum Beispiel in Augsburg, Herford und Wilhelmshaven.

Damianos Anregungen zu einem Arbeitszeitmodell, das den tariflichen Möglichkeiten entspricht, haben bei H&M eine ausgesprochen skandalöse Reaktion hervorgerufen. Ihm wird vorgeworfen, sich mit seiner Meinung gegen »die wirtschaftlichen und organisatorischen Interessen« des Arbeitgebers eingesetzt zu haben. So habe er u.a. einen Rhythmus vorgeschlagen, wonach Beschäftigte jeweils an zwei Samstagen arbeiten und zwei arbeitsfreie Samstage haben.

»Auch H&M muss endlich begreifen, dass demokratische Rechte und Meinungsfreiheit nicht am Eingang zur Filiale oder vor einer Einigungsstelle aufhören«, kritisiert Astrid Rogge-Musall, die bei ver.di auf Bundesebene für das Unternehmen zuständig ist.

## Kunden sind solidarisch

Die Solidarität mit Damiano, der auch dem Gesamtbetriebsrat und dem europäischen Betriebsrat angehört, sowie der Protest gegen die Vorgehensweise von H&M sind in den letzten Wochen und Monaten stärker geworden. So gibt es in Trier immer wieder Mahnwachen und Kundgebungen, an denen sich neben ver.di auch die örtliche IG Metall, der DGB und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung beteiligen. Sie sammeln regional und auch bundesweit Unterschriften von Kunden, mit denen die Geschäftsführung von Hennes & Mauritz in Hamburg aufgefordert werden soll, die Kündigungsanträge gegen den Trierer Betriebsratsvorsitzenden zurückzunehmen. Das forderten bei Redaktionsschluss auch mehrere tausend UnterstützerInnen einer Internet-Petition.

ANDREAS HAMANN

Kundenflugblatt und Unterschriftenlisten: [http://einzelhandel.verdi.de/unternehmen/hennes\\_mauritz](http://einzelhandel.verdi.de/unternehmen/hennes_mauritz)

## ZÄHE TARIFVERHANDLUNGEN BEI ADLER

## Allmähliche Annäherung

Schrittweise nähern sich ver.di und das Textilunternehmen Adler einem Tarifvertrag. Allerdings brachten die Verhandlungen am 6. Juni noch immer keine vollständige Einigung. Die nächste Runde wurde für den 27. August vereinbart. »Erreicht haben wir, dass das noch offene Urlaubsgeld in voller Höhe zu Ende Juni ausgezahlt wird«, sagt Erika Ritter, die für ver.di die Verhandlungen mit Adler führt. Adler hatte nach einer vierjährigen Sanierungsphase bestritten, Urlaubsgeld zahlen zu müssen. Nachdem dieser Konflikt beigelegt ist, sind etliche weitere strittige Fragen zu klären: Der Arbeitgeber will die ohnehin große Flexibilität beim Umgang mit Mehrarbeit weiter ausdehnen, was ver.di und die Betriebsräte strikt ablehnen. »Schon jetzt sind vier Stunden zusätzlich zur Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden möglich, die innerhalb eines halben Jah-

res ausgeglichen werden müssen«, berichtet die GBR-Vorsitzende Angelika Zinner. »Die mögliche Mehrarbeit will Adler nun auf 6 Stunden pro Woche und den Ausgleichszeitraum auf ein Jahr heraufsetzen.«

## Nächste Tarifrunde 27. August

Annäherung gibt es bei der Angleichung der Vergütungen auf das Niveau der Flächentarifverträge. So sollen künftig keine neuen Fachberaterinnen – eine Adler-Besonderheit – mehr ausgebildet werden, die Beschäftigten in dieser Position allerdings ihren Besitzstand inklusive jährlicher Anpassung wahren können. Klar ist auch, dass die bisherige Erfolgsprämie, die tatsächlich eine Prämie für Anwesenheit ist, zur Aufstockung der Gehälter eingesetzt wird. Dabei ist offen, zu welchem Anteil die-



FOTO: ADLER MODEMÄRKTE AG

se Mittel auf welche Entgelt-Stufen verteilt werden, denn am Ende sollen alle Verkäuferinnen aus ver.di-Sicht in zwei Jahren auf Flächentarifniveau bezahlt werden. Keine Einigung gibt es bisher bei den geringfügig Beschäftigten, die ca. 40 Prozent der Adler-Belegschaft ausmachen. Erika Ritter: »Die diskriminierende Schlechterstellung dieser Kolleginnen muss beendet werden.«

GG

## IM FOKUS: ZALANDO UND ANDERE

## Neues Kampagnenbüro

Im Süden von Mönchengladbach entsteht im Gewerbegebiet Regiopark nach und nach ein umfangreiches Versandhandel- und Logistikzentrum mit mehr als 2.000 Beschäftigten. Bereits heute sind namhafte Logistiker und Speditionen sowie Unternehmen des Einzel- und Versandhandels dort vertreten oder werden sich in diesem Jahr dort ansiedeln. Darunter auch DHL, Deutsche Post, FedEx, Nippon Express, Esprit/Fiege und Zalando. Grund genug für die beiden ver.di-Fachbereiche 10 (Postdienste, Spedition und Logistik) und 12 (Handel) gemeinsam mitten im Regiopark im Juli ein Kampagnenbüro zu eröffnen. Sie werden damit nah an den Beschäftigten den Auf- und Ausbau des Regioparks

begleiten und das Thema Gute Arbeit von Anfang an präsentieren.

Für den Fachbereich Handel sind insbesondere die Arbeits- und Einkommensbedingungen bei Zalando von Interesse. Wie Amazon, Redcoon und andere unterliegt der Internet-Versender bisher nicht den Tarifverträgen des Einzel- und Versandhandels, sondern zahlt erheblich weniger. Darüber hinaus kritisiert ver.di, das Unternehmen nutze das Teilzeit- und Befristungsgesetz voll aus, kaum ein Mitarbeiter sei länger als die gesetzlich erlaubten zweimal zwölf Monate angestellt worden. Weitere Infos über den ver.di-Bereich Linker Niederrhein: Frank Indervoort, Fachbereich 10 und Frank Michael Munkler, Fachbereich 12v



## VOR EINEM JAHR KLINGELTEN BEI SCHLECKER ZUM LETZTEN MAL DIE KASSEN

Vor einem Jahr wurde das Schicksal der insolventen Drogeriekette Schlecker endgültig besiegelt. Am 1. Juni 2012 beschloss der Gläubigerausschuss die Zerschlagung des einstigen Marktführers, nachdem Verkaufsgespräche und andere Rettungsbemühungen gescheitert waren. Damit verloren die zuletzt knapp 25.000 vorwiegend weiblichen Beschäftigten ihre Existenzgrundlage – eine menschliche und soziale Katastrophe, die außer Schlecker selbst auch die stramm wirtschaftsliberale FDP-Führung zu verantworten hat. Ihre Wirtschaftsminister auf Länder- und Bundesebene vereitelten eine staatliche Bürgschaft, durch die eine Transfergesellschaft für das von Arbeitslosigkeit bedrohte Personal möglich geworden wäre. Am 27. Juni 2012 klingelten zum letzten Mal die Kassen in den Schlecker-Filialen. Zum 31. Juli wurden dann auch die XL-Läden geschlossen, weitere 2.500 Arbeitsplätze gingen verloren.

## Sehr oft prekäre Jobs

Bis heute hat nur etwa die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen eine neue Beschäftigung gefunden, viele andere beziehen mittlerweile Hartz IV. Bei den neuen Stellen handelt es sich nach In-

## DIE GROSSE WUT

formationen der Betroffenen vielfach um befristete Arbeit, geringfügige Jobs oder Arbeit auf Abruf. Das berichtet Christel Hoffmann, langjährige Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei der Drogeriekette. Exakte Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, die Aufschluss über die Qualität der neuen Arbeitsplätze von ehemaligen Schlecker-Beschäftigten geben könnten, liegen nicht vor.

## ver.di: Skandalöser Vorgang

Wie zum Teil mit Kolleginnen und Kollegen umgegangen wird, die neue Arbeit suchen oder die bereits eine schlecht bezahlte prekäre Beschäftigung ausüben müssen, ist nach Auffassung von ver.di ein Skandal. Zum Beispiel hatte sich das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im April zu den Vermittlungschancen geäußert. Nach einer Befragung ehemaliger Schlecker-Beschäftigter ziehen die Wissenschaftler der Bundesagentur für Arbeit den Schluss, die Bereitschaft für Abstrichen bei den Einkommensbedingungen sei zu niedrig. Bei Schlecker wäre die Bezahlung »recht hoch« gewesen. Erwar-

tet wird die Hinnahme von 30-prozentigen Gehaltseinbußen und mehr.

»Skandalös an diesem Vorgang ist vor allem, in welchem Umfang im Einzelhandel inzwischen Niedriglöhne bis hin zu echten Dumpinglöhnen offenbar üblich geworden sind«, kritisiert Stefanie Nutzenberger, ver.di-Bundesvorstandsmitglied für den Handel. An die-

sem Fall werde erneut deutlich, wie wichtig ein gesetzlicher Mindestlohn und existenzsichernde Tarifverträge für den Einzelhandel sind.

»Was die Wissenschaftler der Bundesagentur für Arbeit feststellen, heißt nichts anderes, als dass tarifliche Bezahlung ein Vermittlungshemmnis ist«, kritisiert Bernhard Franke, ehemaliger ver.di-Verhandlungsführer bei Schlecker. Die »relativ gute Bezahlung« bei Schlecker habe sich daraus ergeben, dass die Schlecker-Frauen gemeinsam mit ver.di

die Anwendung der Branchentarifverträge des Einzelhandels durchgesetzt hätten. Dort seien keine Spitzenlöhne festgeschrieben, dennoch müssten die Flächentarifverträge gerade in der laufenden Tarifrunde gegen massive Angriffe der Arbeitgeber verteidigt werden.

## Schlecker-Clan bleibt reich

Im Fall Schlecker mangelt es nicht an Anlässen zur Empörung: In einem Vergleich zahlte die frühere Eigentümerfamilie kürzlich 10,1 Millionen Euro an die Insolvenzverwaltung. Damit soll ein kompliziertes Gerichtsverfahren um die Finanzen und Immobilien vermieden werden, die Anton Schlecker vor der Pleite an seine Frau und Kinder übertragen hat.

»Man kann sicher davon ausgehen, dass der Schlecker-Clan reich bleibt. Von über einer Milliarde Euro Privatvermögen sind offenbar noch etliche Millionen geblieben, obwohl angeblich nichts mehr da war«, so Achim Neumann, der für ver.di mehrere Jahre den Gesamtbetriebsrat betreut hat. »Ich kenne einige Kolleginnen und Kollegen, die vor diesem Hintergrund große Wut und nachvollziehbare Zweifel am herrschenden Wirtschaftssystem haben.«

ANDREAS HAMANN

## SOLIDARITÄTSFONDS



Viele der ehemaligen Schlecker-Beschäftigten brauchen dringend Unterstützung. Die Paul-Schobel-Caritas-Stiftung »Arbeit und Solidarität« hat daher in Zusammenarbeit mit ver.di den bundesweiten Solidaritätsfonds »Schlecker-Frauen« eingerichtet. Besonders Betroffene können einmalige Soforthilfen (maximal 400 Euro) beantragen.

Das Spendenkonto lautet:  
640 20 03  
BLZ 750 903 00  
Liga Bank

FOTO: WERNER BACHMEIER

EDEKA



Große Streikbereitschaft: Kolleginnen und Kollegen aus dem Edeka-Lager Marktredwitz

FOTO: WOLFGANG STARK

TARIFRUNDE FÜR DEN GROSS- UND AUSSENHANDEL

# »Wir lassen uns nicht einlullen«

Mit harten Bandagen wurde in der diesjährigen Tarifrunde für den Groß- und Außenhandel (GAH) bereits gekämpft: Edeka holte polnische Leiharbeiter in die nordbayerischen Lager Gochsheim, Marktredwitz und Sachsen/Ansbach, die von der Mehrzahl der Beschäftigten seit Ende Mai bestreikt wurden.

**Chaos im Lager**

»Es herrscht Chaos im Lager, denn die Leiharbeiter kennen sich nicht mit den Abläufen aus«, sagt Wolfgang Stark, Betriebsratsvorsitzender im Lager Marktredwitz und GBR-Vorsitzender in der Edeka Nordbayern-Sachsen-Thüringen. ver.di-Streikführer Peter König rechnete vor, dass der Einsatz von polnischen Leiharbeitern in den drei bayerischen Lagern Edeka täglich 80.000 Euro koste. Die Beschäftigten aus Polen bekämen davon gerade mal 6 bis 6,50 Euro Stundenlohn. Peter König: »Edeka könnte die Tarifeinwanderung mit einem verhandlungsfähigen Angebot beenden, statt Leiharbeiter aus Polen auszubeuten.«

Allerdings gab es bei der Verhandlungsrunde in Bayern am 7. Juni wiederum keinen Abschluss. »Die Arbeitgeber nähern sich unseren Forderungen allenfalls im Schnecken Tempo«, erklärte Uwe Erschens, Leiter der ver.di-Bundesfachgruppe GAH und ver.di-Verhandlungsleiter für Berlin und Brandenburg. Die Streikbereitschaft und Stimmung im



Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es viele Tarifaktionen von Beschäftigten des Groß- und Außenhandels FOTO: DIETRICH HACKENBERG

Arbeitskampf ist unterdessen sehr gut. »Die Kolleginnen und Kollegen sind verstärkt bereit, für einen guten Abschluss auf die Straße zu gehen«, sagt Uwe Erschens.

**Tarifbewegung ungebremst**

ver.di ist mit der Forderung nach einem Entgeltplus von 6,5 Prozent bzw. mindestens 140 bis 160 Euro monatlich

sowie 50 bis 100 Euro mehr für die Auszubildenden in die Verhandlungen gegangen. »Die Teilbranchen Lebensmittel-, Pharma-, Baustoff- und Agrargroßhandel verdienen ausgezeichnet«, betont Uwe Erschens. »Die Beschäftigten machen diese Gewinne möglich und wollen ihren verdienten Anteil.« Zum Ende der ersten Juniwoche (Redaktionschluss) lagen die Arbeitgeberangebote gleichwohl weit davon entfernt. In Ba-

den-Württemberg, wo am 14. Juni die vierte Verhandlungsrunde anstand, lag das »Angebot« gerade mal bei 2 Prozent für das erste Jahr, einer Einmalzahlung im Umfang von 0,3 Prozent und 1,7 Prozent für das zweite Jahr. Auch in Baden-Württemberg ist – wie in vielen anderen Landesbezirken – die Streikbewegung ungebremst: Am 7. Juni legten etwa 100 Beschäftigte des Kaufland-Fleischwerks in Möckmühl für vier Stunden die Arbeit nieder. Bei Papyrus in Ettlingen streikten 50 Arbeitnehmer ganztägig.

**Tolle Stimmung bei Edeka-Beschäftigten**

Edeka zahlt seit dem 1. April »freiwillig« 2,65 Prozent mehr. »Wir lassen uns dadurch nicht einlullen«, erklärt Wolfgang Stark. Statt solcher Zahlungen, die die Belegschaft ruhigstellen sollen, wäre ein baldiger Tarifabschluss sinnvoll. Um ihre Forderungen zu bekräftigen zogen die Marktredwitzer Beschäftigten am 6. Juni von ihrem Lagerstandort in die Innenstadt, bei, so Wolfgang Stark, »bombastischer Stimmung«. **GG**

**GROSS- UND AUSSENHANDEL**

**KURZ & KNAPP**

► **NEUE ENERGIEVERSORGUNG:** Metro C+C will sich bei der Energieversorgung eine größere Unabhängigkeit von der Strom-Preisentwicklung verschaffen und die Energiekosten senken. Mit Eon ist vereinbart, dass der Strom- und Gasanbieter zu nächst an zwei deutschen und zwei russischen Märkten neue Blockheizkraftwerke errichtet.

► **SCHÄRFERE KONKURRENZ:** Der Großverbraucher-Spezialist Transgourmet, der seit 2011 zur Coop Schweiz gehört, investiert in den nächsten Jahren rund 350 Mio. Euro in Deutschland. Mit Hilfe seiner Tochter Rewe Foodservice, die 2014 auf Transgourmet umgeflaggt wird, startet das Unternehmen eine Offensive im Zustell-Geschäft. Das Geld soll in den Ausbau der Logistik, den Bau der neuen Zentrale in Riedstadt, ein Fleischwerk und zudem eine zweite Plattform der Transgourmet Seefood fließen. »C+C-Marktführer Metro und Edeka drohen mächtig Konkurrenz«, so die »Lebensmittelzeitung«.

**AGRAVIS**

**Gute Zahlen, viel Spielraum**

Mit prächtigen Zahlen konnte einmal mehr die Agravis-Gruppe, die unter anderem mit Futter- und Düngemitteln handelt, im Mai aufwarten: In den ersten vier Monaten des Jahres hatte der aus den Raiffeisen-Hauptgenossenschaften hervorgegangene Konzern 2,4 Milliarden Euro Umsatz vorzuweisen – mehr als 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Und dabei war auch 2012 schon ein ausgesprochen erfolgreiches Jahr für Agravis: 7,1 Milliarden Euro Umsatz und 49,8 Millionen Euro Gewinn vor Steuern lauteten die Kerndaten, die die Agravis Raiffeisen AG im März präsentierte. Und was haben die Beschäftigten des Mischkonzerns von dem guten Wirtschaftsergebnis? Nicht leicht zu sagen, fallen doch die verschiedenen Standorte und Gesellschaften in verschiedene Tarifbereiche und Zuständigkeiten. »Für die Mischfutter-Werke im Westen wurde der erste Abschluss im Groß- und Außenhandel dieses Jahres mit einem Plus von 3 Prozent für zwölf Monate Laufzeit erzielt. Außerdem gibt es 15 Euro zusätzlich für einen Teil der Beschäftigten« berichtet Sabine Gatz, die bei ver.di in Niedersachsen-Bremen für den GAH verantwortlich ist. Gerade in Niedersachsen gelten aller-



FOTO: AGRAVIS

dings für die Agravis-Beschäftigten mit dem DHV ausgehandelte Tarifverträge, die sich in ihrer Gesamtheit unterhalb des Niveaus der ver.di-Abschlüsse im GAH bewegen. ver.di ist dabei, im Unternehmen sukzessive Mitglieder zu gewinnen und Strukturen aufzubauen, um eine Grundlage für eigene Verhandlungen zu schaffen. Eine längerfristige Aufgabe, aber sicher eine lohnende: Mit großen Umsatz- und Gewinneinbrüchen rechnet an der Agravis-Spitze in absehbarer Zeit niemand. **GG**

NEUER ALLEINAKTIONÄR ALLIANCE BOOTS SETZT ROTSTIFT BEI (EX-)ANZAG AN

# Das große Streichkonzert

Innovativ, kreativ, gar originell – ist das alles nicht, was die Bosse des Pharmagroßhändlers Alliance Healthcare Deutschland AG (bis zum 31. März noch bekannt unter dem Namen ANZAG) kürzlich ankündigten: Weniger Geld für die Beschäftigten, dafür mehr Arbeit, weil bis auf weiteres nur noch in Ausnahmefällen offene Stellen besetzt werden dürfen. Als Grund für den radikalen Sparkurs müssen die »widrigen Marktbedingungen« herhalten, wie es in einem Schreiben der Geschäftsleitung an die Mitarbeiter/innen hieß.

**Unmut über Sparkurs**

Dass der Wettbewerb im Pharmagroßhandel alleiniger Grund für das anstehende Kostensenkungsprogramm ist, könne ausgeschlossen werden, sagt die zuständige ver.di-Betreuungssekretärin aus der Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel, Astrid Rogge-Musall. »Nicht nur dem Namen nach wurde ANZAG Stück für Stück in die neue Struktur des Alleinaktionärs Alliance Boots integriert. Leider bedeutet der Eigentümerwechsel auch, dass die Mitbestim-

mung im Aufsichtsrat weitestgehend ausgehebelt ist.« Inzwischen existiere ein Beherrschungs- und ein Gewinnabführungsvertrag zwischen dem Mutterkonzern und der deutschen Tochter Alliance Healthcare.

Im Einzelnen sollen die – inklusive Inlandstöchter – rund 3.000 Beschäf-



Kommissionierung per Handheld FOTO: ALLIANCE HEALTHCARE DEUTSCHLAND

tigten auf eine Menge Geld verzichten: So will die Geschäftsleitung die diesjährige Tariferhöhung auf die übertariflichen Zulagen anrechnen. Die Gesamtbetriebsvereinbarung »Jubiläumzahlungen« wurde gekündigt. Der freiwillige Zuschuss an die Hamburger Pensionskasse soll in diesem Jahr entfallen. Weitere Einsparungen sind bei den Fremd- und Sachkosten angekündigt. Obendrein werden frei werdende Stellen nicht, offene Stellen nur ausnahmsweise besetzt, die Leiharbeit so weit wie möglich eingestellt.

»Einige dieser Sparmaßnahmen unterliegen der Mitbestimmung, die meisten jedoch nicht«, erklärt der GBR-Vorsitzende Wolfgang Bruchhagen. Außerdem verstecken sich weitere Sparoptionen des Vorstands hinter der Überschrift »Zentralisierung, Regionalisierung und strukturelle Optimierung«. »Was da noch auf uns zukommen wird, können wir im Moment nicht abschätzen.« Gegen die Rotstiftpolitik zu Lasten der Beschäftigten helfe vor allem eines: »Engagement der Kolleginnen und Kollegen, auch gerade in der Tarifrunde. Gibt es deutliche Steigerungen, die in

den Tarifverträgen festgelegt sind, kann man uns die nicht so einfach nehmen.« Im Übrigen sei das Sparprogramm mit Sicherheit nicht ausschließlich Folge des ruinösen Wettbewerbs im deutschen Arzneihandel. »Weiterer Grund ist, dass wir einen neuen Alleinaktionär haben, der Erträge von uns erwartet, um globale Fusionen und Firmenaufkäufe in Asien, Nord- und Südamerika zu finanzieren«, erklärt Wolfgang Bruchhagen. Und die Kündigung der Gesamtbetriebsvereinbarung über die Jubiläumzahlungen habe schon gar nichts mit der momentanen Ertragslage zu tun. Schließlich hatte die Geschäftsleitung schon vor einem Jahr angekündigt, diese Vereinbarung zu kündigen.

**1.200 Protestpostkarten**

Ihrer Empörung über die Streichung dieser Gratifikation hat ein Großteil der Belegschaft bei einer von ver.di gestarteten Postkartenaktion Luft gemacht. »1.200 Karten wurden eingeschickt, mit denen die Kolleginnen und Kollegen gegen die Kündigung der Gesamtbetriebsvereinbarung zur Jubiläumszahlung protestierten«, berichtet Astrid Rogge-Musall. Weitere Aktionen gegen das Sparprogramm werden folgen.

**GU DRUN GIESE**

## STREIKAKTIONEN IN VIELEN BUNDESLÄNDERN – MIT DABEI AUSZUBILDENDE UND JUNGE ERWACHSENE



Beschäftigte des Münchner Einzelhandels sorgten am 8. Juni mit einem Streik- und Aktionstag für viel Aufsehen in der City

FOTOS: THIERMEYER

## Sehr guter Trend bei Mitgliedern

Allein seit Jahresanfang bis Ende Mai sind bei der ver.di Jugend im Handel 4.130 neue Mitglieder eingetreten. Damit setzt sich in diesem Be-



reich der sehr gute Trend fort. Im gesamten Fachbereich Handel gab es bis Anfang Juni sogar über 22.000 Neueintritte.

Wenn hundert junge Männer und Frauen zur Mittagszeit auf dem Berliner Alexanderplatz eine echte Kissenschlacht veranstalten, dann sorgt das für einige Aufmerksamkeit. Und genau die war erwünscht, als die Teilnehmer/innen der diesjährigen bundesweiten JAV-Konferenz für den Handel ihre publikumswirksame Aktion starteten.

»Wir wollten zum Auftakt der diesjährigen Tarifrunden im Einzelhandel sowie Groß- und Außenhandel symbolisch zeigen, dass wir nun keine Federn mehr lassen«, berichtet Carina Schmidt, JAV-Vorsitzende bei Karstadt in Goslar, stellvertretende GJAV-Vorsitzende im Kaufhaus-Konzern und Mitglied der SoKo-Jugend bei ver.di. Ein »Gänsehautgefühl« habe sie bei der spektakulären Kissenschlacht gehabt, die auch vom

## VIEL SELBSTBEWUSSTSEIN

ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske und dem ver.di-Vorstandsmitglied für den Handel, Stefanie Nutzenberger, begleitet wurde.

## JAV-Konferenz Handel

Drei Tage lang waren Mitglieder der Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen in Berlin zur bisher vierten bundesweiten Konferenz zusammengekommen. In Arbeitskreisen und Workshops befassten sie sich unter der Überschrift »Gute Arbeit – für Jung und Alt«, mit Themen wie Übernahme, altersgerechte Berufverläufe, Tarifverträgen aus der Sicht von Jugendlichen sowie den speziellen Aufgaben der JAVs. »Auszubildende und junge Beschäftigte im Handel werden zunehmend selbstbewusst«, stellt Stefan Najda fest, der für die Jugend im Handel zuständige ver.di-Sekretär. Denn sie wissen, dass die unattraktiven Arbeitsbedingungen in der Branche mittelfristig eine Chance für sie sind. Der Grund: »Die Arbeitgeber haben immer größere Probleme, überhaupt Auszubildende zu finden«, weiß Carina Schmidt. Und die Kampfbereitschaft der jungen Beschäftigten wächst zusehends.

»Inzwischen gehen die Auszubildenden bei Streiks mit vor die Tür, während diese Beschäftigtengruppe noch vor wenigen Jahren eher ängstlich war, die Übernahme zu riskieren oder Ärger mit Vorgesetzten zu bekommen«, sagt Stefan Najda. Und so spielen die Auszubildenden und jungen Beschäftigten in den diesjährigen Tarifrunden im Handel eine wichtige Rolle. Abschlüsse wird es nur geben, wenn die Vergütungen der Auszubildenden mitverhandelt werden – für solche Vorgaben sorgen auch die vielen Jüngeren, die mittlerweile den Tarif-

kommissionen angehören. Die Nachwuchskräfte wollen auch nicht länger hinnehmen, dass etwa bei den Discountern Auszubildende als billige Arbeitskräfte an den Kassen und beim Regaleinräumen missbraucht werden, ohne die grundlegenden Kenntnisse ihres Berufs vermittelt zu bekommen. Stefan Najda: »Die Probleme liegen auf der Hand. Wir als ver.di-Jugend im Handel fordern die Arbeitgeber auf, endlich eine vernünftige Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen für den Nachwuchs zu ermöglichen statt immer nur über die Herausforderungen des demografischen Wandels zu reden.«

GUDRUN GIESE



Arbeitsniederlegung bei Galeria Kaufhof in Mannheim

FOTO: HELMUT ROOS



## BESCHÄFTIGTE IM HANDEL WOLLEN MEHR GELD UND BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN

## Umfrage in Hamburg liefert klares Fundament für Tarifforderungen

Der Hamburger ver.di-Fachbereich Handel befragte im vergangenen Jahr 2.620 Beschäftigte des Handels (Einzelhandel sowie Groß- und Außenhandel) zu ihrer Bezahlung, zu Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit (die Handelsbeilage berichtete). Die Ergebnisse sind eindeutig: Dass das Einkommen bezogen auf die erbrachte Arbeitsleistung angemessen sei, verneinten 86 Prozent der befragten Einzelhandelsbeschäftigten, 84 Prozent der Großhandelsbeschäftigten. Ergebnisse der nach dem DGB-Index »Gute Arbeit« konzipierten Befragung und daraus resultierende Forderungen hat der Fachbereich nun in zwei Broschüren veröffentlicht.

## Gute Arbeit geht anders

»Ein ›ehrbarer Hamburger Kaufmann sollte seinem Namen Ehre machen, indem er anständig zahlt«, folgert der Hamburger ver.di-Fachbereichsleiter Arno Peukes. Doch in der Praxis begün-

stigten die geltenden Gesetze Lohndumping und Tarifflicht; beides werde von den Arbeitgebern im Handel im großen Stil genutzt. Die Folge: 61 Prozent der

Beschäftigten im Einzelhandel, 53 Prozent der Arbeitnehmer/innen im Groß- und Außenhandel haben schlechte Arbeitsbedingungen, lediglich für 4 bzw.

5 Prozent lässt sich nach den Kriterien des DGB-Index »Gute Arbeit« konstatieren. »Die Umfrageergebnisse unterfüttern unsere Forderungen in der laufenden Tarifrunde nach einer deutlichen Erhöhung der monatlichen Einkommen für die Beschäftigten im Handel«, so Arno Peukes.

Darüber hinaus seien die Gesetzgeber in Bund und Ländern aufgefordert, die Rahmenbedingungen für Gute Arbeit und sichere Renten herzustellen. Im einzelnen müssten die Grundsicherung im Alter ausgebaut und gesteigert, die Arbeitsplatzsicherheit sowie der Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessert, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ohne Mindestbedingungen gewährleistet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf garantiert sowie das Ladenöffnungsgesetz zugunsten der Beschäftigten korrigiert werden.

GUDRUN GIESE

<http://handel.hamburg.verdi.de/>  
fb12.hh@verdi.de



Am 3. und 4. Juni wurden alle Hamburger Karstadt-Häuser bestreikt

FOTO: BERTOLD FABRICIUS

## NIEDRIGLÖHNE

## 150.000 Aufstocker

Von den knapp drei Millionen Beschäftigten im Einzelhandel erzielen rund 150.000 ein so geringes Einkommen, dass sie ergänzend finanzielle Hartz-IV-Leistungen vom Job-Center erhalten. Das zeigen aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne haben sich u.a. deshalb ausgebreitet, weil es die Arbeitgeber seit über einem Jahrzehnt ablehnen, für die Tarifverträge eine Allgemeinverbindlichkeitsklärung (AVE) beim Bundesarbeitsministerium zu beantragen. Seit dem Wegfall der AVE sind zahlreiche Unternehmen im Arbeitgeberverband HDE in den Status Mitgliedschaft »ohne Tarifbindung« gewechselt. Das beförderte auch die Tarifflicht und einen Niedriglohnsektor, der im Einzelhandel mit 38 Prozent fast doppelt so hoch ist wie in der Gesamtwirtschaft. Dies unterstreicht die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn sowie nach tariflichem Schutz und Einkommensverbesserungen, für die tausende Beschäftigte streiken.

AHA